

Ein Leben in Würde

Paschtunen begehren auf

Mohammad Taqi

Die Verbitterung über die abschätzigste Behandlung von Paschtunen durch den pakistanischen Staat hat sich lange Zeit zusammengebraut. Der Unmut kochte über, als die Polizei Naqeebullah Mehsud bei einem gestellten Aufeinandertreffen erschoss. Naqeebullah Mehsud arbeitete als Modell und war im Begriff, Karriere zu machen. Die außergerichtliche Tötung fällt in eine Zeit, in der sich die Paschtunen in Pakistan Gehör zu verschaffen suchen und eine würdevolle Existenz einfordern. Betrachtungen persönlicher Art wie die folgende sind eher selten, da die Paschtunen oft genug stereotyp als aufrührerisch abgestempelt werden.

Einige haben es das „Erwachen der Paschtunen“ und andere „einen Aufstand“ genannt. Wieder andere haben es als etwas bezeichnet, das von ausländischen Geheimdiensten in Gang gesetzt worden sei. Mir allerdings erscheinen die Proteste der Paschtunen während der beiden letzten Monate als Aufschrei verwundeter Seelen, als Schreie der Beleidigten und Gedemütigten, als Weinen der Hinterbliebenen. Sie äußern sich als Appell für die Verbesserung der Zustände, sie können sich aber auch in einen Aufruf zum Aufstand verwandeln.

Bhagat Singh¹ sagte einmal, eine Rebellion sei keine Revolution, könne aber letztlich dazu führen. Die Proteste der Stammesvölker der Paschtunen in Pakistan sind sicherlich weder rebellisch noch streben sie nach irgendwas Revolutionärem. Wenn allerdings ihre Forderung nach einem Recht auf ein Leben in Sicherheit und auf Würde nicht beachtet wird, könnte daraus Radikaleres werden. Ein solches Recht ist in der pakistanischen Verfassung verankert.

Der lange Marsch der Paschtunen

Der Zorn der in Pakistan lebenden Paschtunen über die abscheuliche Be-

handlung durch den Staat gärt schon seit fast eineinhalb Jahrzehnten. Als Naqibullah Mehsud, ein junger Paschtune aus Süd-Wasiristan, am 13. Januar 2018 in der Provinz-Metropole Karatschi vom Polizisten Rao Anwar getötet wurde, schaffte sich dieser Zorn in Demonstrationen Bahn. Der hochrangige Polizist (*Superintendent of Police*²) versuchte später, Naqeeb als Terroristen anzuschwärzen. Es war aber eindeutig, dass der Polizist Rao Anwar einen Unschuldigen in einem inszenierten Polizeigefecht kaltblütig getötet hatte.

Ich habe sofort darauf hingewiesen, dass Naqeeb offensichtlich ein Modell mit Karriereaussichten und kein terroristischer Verbrecher ist. Sein Leichnam wurde am 17. Januar von drei jungen Männern aus der süd-paschtunischen Stadt Zhob (Provinz Belutschistan) abgeholt. Innerhalb von Stunden überschlugen sich die sozialen Medien mit Aufrufen für Gerechtigkeit und der Forderung, dass der Superintendent Rao Anwar verhaftet werden solle. In Karatschi gingen einige auf die Straße, um gegen die gewaltsame Tötung eines harmlosen jungen Mannes zu protestieren. In einer offiziellen Untersuchung wurde der Tote entlastet, der schuldige Polizist blieb trotzdem auf freiem Fuß.

Zum ersten Mal in der 70-jährigen Geschichte Pakistans strömten danach Paschtunen aus den Gebieten der Stammesbevölkerung in die Bundeshauptstadt Islamabad, um zu protestieren und Gerechtigkeit für Naqeeb zu fordern. Daraus wurde der „Lange Marsch der Paschtunen“ (PLM). Er wuchs auf fünf- bis sechstausend Teilnehmende an, die eine Woche lang täglich in Islamabad skandierten: „*Da Sanga Azadi Da*“ (Was ist das für eine Freiheit, in der Paschtunen zugrunde gerichtet und getötet werden?).

Politik der paschtunischen Identität

Das ist wirklich noch nie da gewesen. Das letzte Mal, an das ich mich erinnere, dass sich Paschtunen in Massen in der Nähe von Islamabad zu einer Demonstration versammelt hatten, war vor 45 Jahren im März 1973. Der nationalistische Führer der Paschtunen und damalige Führer der *National Awami Party* (NAP) Wali Khan³ sprach bei einer Demonstration der vereinigten Opposition in Liaquat Bagh, Rawalpindi, das gleich neben Islamabad liegt. Verbrecher, die auf Geheiß des damaligen Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto handelten, schossen in diese Demonstration und töteten elf Menschen.

Die auf eine Nation der Paschtunen ausgerichtete Politik in Pakistan wurde immer von Paschtunen selbst geführt wie zum Beispiel dem großen Abdul Ghaffar Khan, auch *Badsha Khan* oder der Gandhi der Grenzprovinz genannt. Ihm zur Seite stand sein Zeitgenosse Abdul Samad Khan Achakzai. Beide stammten aus Gebieten, die von den britischen Kolonialisten und dann von ihrem Nachfolger, dem pakistanischen Staat, als „settled areas“⁴ eingestuft und so genannt wurden.

Für eine Politik der paschtunischen Identität standen vor allem Badshah Kahn und Samad Khan Achakzai. Diese Politik fügte sich in den indischen Freiheitskampf ein und fand vor allem unter den Bewohner(inne)n der Stadt- und Vorstadtgebiete von Peshawar und Quetta Verbreitung. Die Briten wie der pakistanische Staat verhinderten jedoch die Organisation eines entsprechenden politischen Prozesses in diesem Teil Pakistans (*Federally Administered Tribal Areas*; FATA). Mit Ausnahme der 1936 vom Faqir von Ipi gegen die Briten geführten Bewegung paschtunischer Stammesvölker gab es jedoch keine Bewegung, die sich der Zentralautorität widersetzt oder gegen sie protestiert hätte. Die Proteste richteten sich gegen die Exzesse der pakistanischen Armee. Dennoch werden solche Proteste als aufrührerisch bezeichnet, wie das seit gut 40 Jahren in Pakistan geschieht.

Ein Blick in die Geschichte

Der Lange Marsch der Paschtunen war eine unvermeidliche Reaktion auf jahrzehntelange Vernachlässigung und Gräueltaten in den Gebieten der Son-

Muhammad Khan Mehsud (Mitte), der Vater von Naqibullah Mehsud, der, wie seine Familie sagt, bei einem sogenannten „encounterkilling“ erschossen wurde, spricht vor der *Großen Jirga* (Stammesversammlung oder öffentliche Versammlung) in Karatschi, Pakistan, 22. Januar 2018.

Bild: REUTERS/Akhtar Soomro

derverwaltung FATA. Der Mord an Naqeeb war nur der Auslöser, er war der sprichwörtliche letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Nach dem Abzug der Briten setzte Pakistan deren Politik fort. Die britische Kolonialverwaltung hatte in den FATA einen Puffer gegen Afghanistan und Afghanistan wiederum als Puffer gegen das zaristische Russland und später gegen die Sowjetunion gesehen. Die damalige britisch-indische Nordwestgrenzprovinz wird heute die *Khyber-Pakhtunkhwa*-Provinz in Pakistan genannt. Pakistan behielt die Politik der Briten bei: Sie versprach den Paschtunen einen Status der Teilautonomie. Das war allerdings von Anfang an eine Farce und ist es geblieben.

Die Briten regierten die FATA seit 1901 mit Hilfe der *Frontier Crimes Regulation* (FCR), einer mittels Strafrecht regulierten öffentlichen Ordnung in Grenzgebieten. Der pakistanische Staat hat die FCR übernommen, die nicht nur sämtliche Grundrechte außer Kraft setzt, sondern auch der pakistanischen Verfassung von 1973 widerspricht. Ein modernes Strafjustizsystem und unabhängige Gerichte haben hier keinen Platz. Für von Einzelnen begangene Straftaten können Kollektivstrafen über ganze Stammesvölker, Clans oder Familien verhängt werden. Die drakonischen Gesetze sind Ausdruck der Furcht Pakistans vor einer paschtunischen Gesamtnation und der Übernahme paschtunischer Siedlungsgebiete in Afghanistan.

Tatsächlich erhebt Afghanistan revanchistische Ansprüche auf die paschtunischen Territorien in Pakistan. Als eine Art neuen Puffer richtete Pakistan die FATA als Aufmarschgebiet für Islamisten in Afghanistan ein. Schon in den Jahren 1973/74 ermöglichte Pakistan dem afghanischen Dschihadisten und Taliban-Führer (Mujahideen) Jalaluddin Haqqani, ein Netzwerk in der Nordregion NWA (*North-Wasiristan Agency*) aufzubauen. Daraus entstand das später als terroristische Organisation eingestufte *Haqqani Network* (HQN), die Anschläge gegen die Regierung von Präsident Sardar Daoud Khan in Afghanistan und weitere Amtsinhaber in Kabul ausführte, soweit sie nicht den Taliban angehörten. Dementsprechend gewährte Pakistan Dschihadisten in den FATA Unterschlupf, damit sie in Afghanistan gegen die Sowjetunion und dann gegen die USA kämpften. Seit Mitte der 1970er Jahre befinden sich die wichtigsten Stützpunkte der Dschihadisten in Kurram (FATA) sowie in den *South- und North-Wasiristan Agencies* (SWA und NWA). Dazu zählen die Religionschulen (*madrassa*), Trainingseinrichtungen und militärische Quartiere.

Doppeltes Spiel und seine Folgen

Nach dem Angriff der USA gegen die Talibanregierung in Afghanistan flohen die Taliban zusammen mit Al Kaida und stillschweigender Unterstützung der pakistanischen Armee in die FATA und begaben sich nach





Der Mord an Naqeebullah Mehsud war der Auslöser, der sprichwörtlich letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Bild: REUTERS/Akhtar Soomro

ergehen zu lassen. Frauen und Stammesälteste wurden respektlos behandelt und beleidigt.

Westliche Beobachter berichteten schon vor Jahren von diesen Übergriffen, aber die (selbst-)zensierten pakistanischen Medien haben von keinem dieser Übergriffe berichtet. Als Betroffene protestierten, wurden sie geschlagen, gefoltert und sogar ermordet. Als die Geflüchteten schließlich in ihre Häuser zurückkehrten, fanden sie ihren Besitz durch Bomben zerstört, ihr Eigentum gestohlen und sogar ihre Bücher verbrannt. Durch Landminen im Operationsgebiet wurden Menschen verstümmelt und starben.

Das Oberhaupt der *Pashtun Defence League*, Manzoor Ahmed Pashteen, berichtete, die pakistanische Armee habe Kollektivstrafen gegen Familien und Clans verhängt, wenn eines ihrer Mitglieder verdächtigt wurde, ein Partisan der Terrorgruppe *Tehrik-e-Taliban Pakistan* (TTP) zu sein. Einige junge Paschtunen wurden wegen des Verdachts, Mitglieder oder Sympathisanten der Taliban zu sein, getötet – so auch Naqeeb Mehsud. Ihre Familien wurden gezwungen, Erklärungen zu unterschreiben, in denen es hieß, die jungen Männer wären eines natürlichen Todes gestorben. Außerdem wurden Hunderte oder sogar Tausende Paschtunen von der Armee ohne rechtliche Grundlage in Internierungslagern festgehalten. Einschließlich der verschollenen Paschtunen und der verschleppten Belutschen wird so die menschenrechtliche Katastrophe deutlich, die sich in Pakistan ereignet hat.

Genug ist genug

Die jetzigen Proteste der *Pashtun Defence League* kommen also nicht wie

NWA und SWA. Im Zuge der dschihadistischen Neugründung 2003/4 wurden leider auch Kämpfer aus den paschtunischen Stammesgebieten angeworben und lokal organisiert. Viele Kämpfer dieser Allianz kritisierten die doppelzüngige und verräterische Politik des pakistanischen Militärmachthabers General Pervez Musharraf. Als die USA Musharraf vor die Wahl stellten „für uns oder gegen uns“, spielte dieser ein doppeltes Spiel. Die pakistanische Armee unterstützte die USA dabei, bestimmte Aktionen gegen Al Kaida auszuführen, bot aber gleichzeitig den afghanischen Taliban und der HQN-Führung Schutz in Pakistan. Die afghanischen Taliban und HQN wurden von radikalisierten Pakistanern, darunter Paschtunen aus den FATA, unterstützt. Es folgten Militäraktionen Pakistans gegen dschihadistische Gruppen im Land und andererseits Radikalisierungen innerhalb der Taliban, die den pakistanischen Staat ins Visier nahmen und eine Terrorherrschaft gegen Volk, Staat und Armee Pakistans entfesselten. Unter dem Druck der Öffentlichkeit führte die pakistanische Armee Operationen gegen Taliban vor allem im Swat-Tal durch. Diese Operationen verschonten jedoch zunächst diejenigen Taliban, die als „gut“ galten, also afghanische Dschihadisten und Gruppen wie *Jamat-ud-Dawa* (JuD), die in Afghanistan und Indien agierten. Die „guten“ Taliban

beherbergten jedoch die „bösen“ und trainierten mit ihnen gemeinsam. Unter anderem betrieben sie Schulen für Selbstmordattentäter. Nach dem Scheitern mehrerer Abkommen mit den „guten Taliban“ ging die pakistanische Armee schließlich auch gegen diese vor. Dabei geriet auch die lokale Zivilbevölkerung in der FATA unter Beschuss, was Fluchtbewegungen von Unbeteiligten und Unschuldigen auslöste. Diese Politik in den FATA führte zu einem herben Rückschlag für die Afghanistan-Politik der pakistanischen Armee.

Die große Militäroperation (*Zarb-e-Azb*⁵ genannt) in den FATA im Sommer 2014 sollte zwar die Dschihadisten aller Schattierungen treffen, aber die dazugehörigen Bombardierungen durch die Pakistanische Luftwaffe trafen ebenso die Zivilbevölkerung sowie Geschäftszentren in NWA. Geisterstädte entstanden. Die Bewohner/-innen wurden zu Binnenflüchtlingen oder mussten in Afghanistan Zuflucht suchen.

Als sie nach Ende der Militäroperation in ihre Heimat zurückkehren sollten, mussten sie sich einen zusätzlichen Ausweis ausstellen lassen (*Watan Card*). Auf ihrem Rückweg waren sie gezwungen, an den Checkpoints der pakistanischen Armee demütigende Befragungen, Untersuchungen, Beleidigungen und Erpressungen über sich

ein Blitz aus heiterem Himmel. Sie hatten sich seit Jahren angebahnt. Die Führer des Protests, darunter ihr bekanntes Gesicht Manzoor Ahmed Pashteen, sind Mitte zwanzig. Diese jungen Männer waren noch Kinder, als sie 2004, dann 2006/2007 und schließlich 2014 zur Flucht gezwungen worden waren. Sie verbrachten ihre Entwicklungsjahre in Lagern oder zusammengepfercht in Mietunterkünften in pakistanischen Städten. Sie mussten zusehen, wie die Gleichaltrigen in den *settled areas* die Vorteile des Stadtlebens genießen, Bildungs- und Karriere-Ziele verfolgen und ein Familienleben in relativer Annehmlichkeit führen konnten, während sie zum Kanonenfutter in Pakistans Stellvertreterkrieg mit Afghanistan herangezogen wurden.

Die Unterschiede in Wirtschaft, Sozialem, Bildung und Verfassungsrechten zwischen den FATA und dem übrigen Pakistan könnten nicht größer sein. Die *Pashtun Defence League* ist gleichwohl unpolitisch in dem Sinne, dass sie keine Teilhabe an der Regierung oder Selbstverwaltung anstrebt und auch keine Ansprüche auf ein Gesamtterritorium der Paschtunen erhebt. Solche Ziele formulierten in der Geschichte die städtischen Nationalisten unter den Paschtunen.

Die gegenwärtige Mobilisierung ist im Wesentlichen eine Bewegung für Bürger- und Menschenrechte. Sie will die Missstände gemäß der pakistanischen Verfassung beseitigen. In der zehntägigen Sitzblockade in Islamabad wurden eindeutige Forderungen gestellt: a) den Superintendenten Rao Anwar verhaften, vor Gericht stellen und bestrafen, b) die Landminen in den FATA räumen, c) die Demütigungen und Stereotypisierungen, besonders von Frauen, an den Checkpoints der FATA beenden und d) die verschollenen Paschtunen zurückbringen oder ihre Namen veröffentlichen.

Ungewisse Zukunft

Die erste Runde der Proteste in Islamabad brachte jedoch keine konkreten Ergebnisse. Allerdings trafen sich die Führer des Langen Marsches mit dem Premierminister Shahid Khaqan Abbasi und den Direktoren des Militär-Geheimdienstes sowie dessen Abteilung für öffentliche Medien. Der Staat und seine Offiziellen sicherten zu, dass die Forderungen erfüllt würden. Tatsächlich wurden einige Verschollene heimlich freigelassen. Es kam jedoch keine bedeutende Initiative zustande, um alle Forderungen zu erfüllen. So sah sich die Führung gezwungen, die Proteste in den paschtunischen Gebieten fortzusetzen. Der warme Empfang, der den Protestierenden in den paschtunischen Gebieten der Provinz Belutschistan und in der Provinzhauptstadt Quetta bereitet wurde, verunsicherte die Armee und ihre Geheimdienstabteilung. In Quetta hatten sich ethnische Belutschen und Hazara dem Protest angeschlossen. Das Mobilfunknetz und das Internet wurden in den Städten, in denen demonstriert wurde, unterbrochen und die Berichterstattung in den sozialen Medien und im Mobilnetz unterbunden.

Die pakistanischen Mainstream-Medien zensieren sich gewöhnlich selbst. Sie halten sich brav an die von der Armee vorgegebenen Richtlinien. In fast keinem offiziellen Medium wurde der Lange Marsch der Paschtunen erwähnt. Die Angelegenheit verschwindet jedoch nicht dadurch, dass sie in der Berichterstattung der konventionellen Medien verschwiegen wird. Es gibt echte Beschwerden über Zustände, deren Verbesserung in Angriff genommen werden muss – und das bald!

Es ist unwahrscheinlich, dass die pakistanische Armee den Forderungen der Paschtunen in nächster Zeit nachgeben wird. Das Dschihadismus-Projekt der pakistanischen Armee in Bezug auf Afghanistan ist ein Eckpfeiler der regionalen Politik und wird so schnell

nicht aufgegeben werden. Die Organisatoren der paschtunischen Proteste müssen sich also auf eine hartnäckige Fortsetzung ihrer Aktivitäten einstellen und dabei ihre Maßnahmen so gestalten, dass sie gewaltfrei, gut organisiert und verfassungsgemäß bleiben. Vierzig Jahre Ungerechtigkeit können nicht innerhalb von Tagen und nicht einmal von Monaten ungeschehen gemacht werden. Ermutigend ist, dass die junge paschtunische Führung sich der Herausforderung stellt.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Ingrid von Heiseler*

Zum Autor



Mohammad Taqi ist pakistanisch-amerikanischer Kolumnist und veröffentlicht auf Twitter unter @mazdaki.

Literaturhinweise

<https://thewire.in/featured/pashtuns-pakistan-rally-dignity-rights>
https://en.wikipedia.org/wiki/Encounter_killing_of_Naqeebullah_Mehsud

Endnoten

- ¹ Bhagat Singh war ein indischer Revolutionär im Kampf gegen die britische Kolonialmacht zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Er wurde nur 24 Jahre alt, da er 1931 wegen der Ermordung eines britischen Polizisten zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet wurde. Er gilt in Nordindien als Märtyrer. Sein Tod löste Krawalle im gesamten Punjab aus.
- ² Vergleichbar dem Rang eines Hauptkommissars.
- ³ Sohn von Abdul Ghaffar Khan, berühmt durch seinen gewaltlosen Protest gegen die britische Herrschaft.
- ⁴ Von der Zentralregierung direkt verwaltete Siedlungsgebiete der mit lokaler Teilautonomie ausgestatteten Stammesbevölkerung; s. auch *Federally Administered Tribal Areas* (FATA).
- ⁵ Wörtlich etwa „messerscharfer Schnitt“. Azb bezieht sich auf das Schwert des Propheten Muhammad.